

<p>Am 24. Januar erschien unter anderem in der Berliner Zeitung ein Artikel, der die Studie scharf kritisierte. Zentrale Argumente dieser Kritik sind nach Analyse der Forscher jedoch nicht tragfähig. Die folgende Aufstellung erklärt, warum.</p>	
<p>Berliner Zeitung:</p>	<p>Kommentar dazu</p>
<p>Während ein langjährig Versicherter in Deutschland beim Wechsel in den Ruhestand im Mittel auf 1050 Euro Rente im Monat kommt, sind es in Österreich 1560 Euro – und das 14 mal im Jahr. Durchschnittlich werden damit hierzulande 37,5 Prozent des individuellen Bruttoverdienstes ersetzt. In der Alpenrepublik sind es 78,1 Prozent. Zwar liegt der Beitragssatz mit 22,8 Prozent jenseits der Grenzen um einiges höher als in der Bundesrepublik (18,7 Prozent), doch die Arbeitnehmer müssen davon mit 10,25 Prozent nur weniger als die Hälfte bezahlen. In Deutschland hingegen kommen zum hälftigen Beitrag noch die Aufwendungen für die private Vorsorge hinzu.</p>	<p>Der Journalist stellt hier empirische Euro-Rentenzahlwerte der RV für spezifische Fälle 2013 netto vor Steuern und OECD-Prognosen für das für 2060 erwartete Bruttoleistungsniveaus der öffentlichen Systeme einander gegenüber. Er vermischt hier unterschiedliche Aussagen. Unabhängig davon sind beide Werte Indikatoren für die höheren Leistungen, die die Gesetzliche Rentenversicherung in Österreich heute und nach den Prognosen der OECD auch künftig bietet.</p>
<p>Immerhin weisen die Autoren darauf hin, dass das deutsche und das österreichische Alterssicherungssystem sehr verschieden sind. So zahlen in der Alpenrepublik auch Selbstständige und Beamte mit ein. Auch hat die österreichische Rente ein paar Haken, die hierzulande weniger gut ankommen dürften: Einen Anspruch auf Leistung erhält erst, wer 15 Jahre (Deutschland: fünf Jahre) versichert war. Und das gesetzliche Altersgeld steigt dann maximal so stark wie die Inflation. Von Erhöhungen um vier bis fünf Prozent, wie sie hierzulande in diesem Jahr erwartet werden, können unsere Nachbarn nur träumen.</p>	<p>5 vs. 15 Jahre: Diese Differenz wird im Report beschrieben. Genau deshalb wird ein Vergleich mit langjährig Versicherten angestellt, um diesen Effekt zu kontrollieren. Ob es überhaupt ein Vorteil ist, dass nach fünf Versicherungsjahren in Deutschland Minirenten ausgezahlt werden, ist aus unserer Sicht durchaus diskutabel. Inflation: Siehe Tabelle 1 (S. 4) in der Studie: Real haben die Eckrenten in Deutschland zwischen 1999 und 2014 um 8.1% verloren. Deutschlands Rentner wären also zumindest in den letzten 15 Jahren mit dem österreichischen Anpassungsmechanismus sehr viel besser gefahren.</p>
<p>Andere Aspekte blenden die Autoren weitgehend aus. So vergleichen sie nur die Leistungen der Alters-Ruhegelder. In Deutschland werden aus dem Umlagepotp aber auch Hinterbliebenen- und Erwerbsminderungsrenten sowie Reha-Maßnahmen finanziert. Die fehlen in der Untersuchung.</p>	<p>Auch in Österreich werden Hinterbliebenen- und Erwerbsminderungsrenten (ebenso auch Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Reha sowie die teilweise Übernahme der KV-Beiträge für Rentner) finanziert. Dazu schreiben wir auf Seite 31: "Der Versicherungsschutz (in Österreich) umfasst folgende Rentenarten. REGELALTERSRENTE; VORZEITIGE ALTERSRENTE; INVALIDITÄTS-/BERUFSUNFÄHIGKEITSRENTEN UND HINTERBLIEBENENRENTEN". Wir haben diese Rentenarten im Report weder für Deutschland noch für Österreich genauer untersucht, sondern uns auf die Altersrenten konzentriert.</p>

<p>Zudem erhalten zwar beide Systeme Zuschüsse vom Staat. In Deutschland muss daraus aber anders als in Österreich das defizitäre Ost-Rentensystem finanziert werden.</p>	<p>Genau das wird in der Studie auch kritisiert: S. 20, Überschrift "Deutsche Sonderfaktoren Wiedervereinigung und Agenda 2010". Die finanzielle Lücke der Ost-Renten wird explizit erwähnt (S. 20). Die Lösung dafür besteht nach wie vor in einer Steuerfinanzierung.</p>
<p>Gänzlich fehlt der Hinweis auf Wiens staatliche Milliarden-Subvention der gesetzlichen Krankenversicherung. So wird deren Beitragssatz bei 7,65 Prozent gehalten. Das ist weniger als die Hälfte des deutschen Satzes und schafft Luft für den höheren Rentenbeitrag.</p>	<p>Die Behauptung, der deutlich niedrigere KV-Beitragssatz in Österreich resultiere aus Milliarden-Subventionen der gesetzlichen Krankenversicherung durch den Bund, ist nicht richtig. Es gibt keinen Bundesbeitrag zur gesetzlichen KV in Österreich. Richtig ist, dass die Spitalskosten etwa zur Hälfte durch die GKV und aus Steuermitteln gedeckt werden. Weitere Gründe für die Beitragssatzunterschiede dürften wohl auch in der Ausgestaltung des deutschen Systems liegen (Opting-Out, Vielzahl an Versicherungsträgern, Werbekosten etc.).</p>
<p>Erstaunlich wenig Raum widmen die Forscher schließlich der zentralen Frage, wie zukunftsfähig die Rentenmodelle sind. Derzeit gibt Deutschland 10,6 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Alterssicherung aus. In Österreich sind es schon heute 13,2 Prozent. Bis 2030 werden es nach Prognosen der OECD 14,4 Prozent sein. Um gegenzusteuern, plant die Wiener Regierung gerade eine Rentenreform, deren Eckpunkte im nächsten Monat präsentiert werden sollen.</p>	<p>Auf Seite 22 gibt es eine Infobox 4 zu den Finanzierungsperspektiven. Darin wird der neueste Ageing Report 2015 der EU-Kommission ausgewertet, nach dem die Brutto-Rentenausgaben in Deutschland bis 2060 um 2,7 Prozentpunkte des BIP steigen auf dann 12,7 %, während der Anstieg in Österreich nur 0,5 Prozentpunkte beträgt und dann knapp 14,4% des BIP betragen wird. Damit sind nach Berechnungen der Kommission die Finanzierungsprobleme eher in Deutschland zu erwarten, während ein Ausgabenanstieg um 0,5 Prozentpunkte des BIP innerhalb von 45 Jahren (nicht zuletzt vor dem Hintergrund der massiven Alterung) nicht als problematisch angesehen werden kann. Für Ende Februar ist auch keine große Rentenreform geplant oder vereinbart. In einer Regierungsklausur letztes Jahr wurde vielmehr von den Koalitionspartnern vereinbart, dass bis zum 29.2. die bisherigen Reformmaßnahmen und ihre Folgen bewertet werden sollen und auf dieser Basis vereinbart werden soll, ob und gegebenenfalls welche Nachbesserungen erforderlich sind.</p>
<p>Seit längerem dringt die OECD vergeblich auf eine Anhebung des sehr niedrigen österreichischen Renteneintrittsalters und präsentiert dabei ausgerechnet Deutschland als Vorbild.</p>	<p>In Österreich wird das Rentregelalter für Frauen schrittweise angehoben, allerdings nur, bis 2033 das Rentenregelalter der Männer von 65 Jahren erreicht ist. Der Schwerpunkt liegt in Österreich bei einer Anhebung des effektiven Renteneintrittsalter. Und außerdem sind (vgl. Tab. 3, S. 16 in der Studie) die effektiven Renteneintrittsalter von ÖsterreicherInnen und Deutschen nicht so verschieden (Männer 62.2/62.7 und Frauen 60.2/62.7).</p>

<p>Dringenden Reformbedarf in Österreich legt auch eine im vorigen Oktober vorgelegte Studie des Beratungsunternehmens Mercer nahe. Dort landete die Alpenrepublik auf dem 18. Platz von 25 untersuchten Ländern. Das Pensionssystem im Nachbarland stehe „auf schwachen Beinen“, urteilten die Experten. Anders als beispielsweise in Schweden sehe das österreichische Modell keine Anpassung an die demografische Entwicklung vor. Ein Vorbild? Wohl kaum.</p>	<p>Eine etwas ältere Studie dieses Unternehmens wurde in der Presse so betitelt: "Eine Studie des Pensionsberaters Mercer kommt zu einem alarmierenden Ergebnis: Das deutsche Rentensystem ist eines der schlechtesten im internationalen Vergleich." Der wesentliche Grund für das schlechte Abschneiden von Österreich und Deutschland ist übrigens der geringe kapitalgedeckte Anteil bei den Renten und ein vom Umlageverfahren dominiertes GRV. Eine Konstruktion, welche die Mercer-Berater kritisieren. An dieser Haltung haben offensichtlich auch die schlechten Erfahrungen, die man in der Finanzkrise mit kapitalgedeckten Renten gemacht hat, nichts geändert. Die unkritische Verwendung des Mercer-Index für eine Bewertung von Pensionssystemen ist nicht gerade ein Beleg für Qualitätsjournalismus, denn der Index eignet sich in keiner Weise hierfür (mehr dazu: http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mercer-pensionsstudie-und-ewig-gruesst-das-murmeltier/). Zur Demographie: Österreich hat im Vergleich zu Deutschland eine bessere demographische Ausgangssituation, weil es in der Vergangenheit deutlich mehr Migranten integriert hat (bezogen auf die Bevölkerungszahl). Das wird im Report auf S.21 ausführlich diskutiert. Zur Behauptung das österreichische System sehe keine Anpassung an die demografische Entwicklung vor: Richtig ist, dass das österreichische System - aus guten Gründen - keinen Automatismus vorsieht. Hieraus abzuleiten, es gäbe keine Anpassung des Rentensystems an künftige demografische Veränderungen, ist aber falsch. Die weitreichenden Rentenreformen (Umstellung auf das Rentenkontorecht, Angleichung der Beamten etc.) wurden ja gerade deshalb umgesetzt, um das System langfristig an die sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen!</p>
<p>Das sieht auch Markus Kurth, der Rentenexperte der Grünen, ähnlich. „Ich teile durchaus die Kritik, dass die private Vorsorge nicht funktioniert“, sagt der Abgeordnete: „Aber dafür brauche ich die Studie nicht.“ Weil darin zahlreiche Aspekte ausgeblendet würden, hält er die Untersuchung für tendenziös. Das Plädoyer für ein Zurückdrehen der Riester-Reformen sei schlichtweg unrealistisch. „Dafür sehe ich keine gesellschaftliche Mehrheit“, sagt Kurth. Finanzierbar sei die Rückkehr zum reinen Umlageverfahren auch nicht.</p>	<p>Was realistisch ist, entscheidet die Politik. Siehe Polen, das sein Rentensystem zuerst privatisiert und dann wieder verstaatlicht hat.</p>